

Antrag 283/I/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Jetzt schon an Übermorgen denken - Revolution der gesetzlichen Rente**

1 Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdiges Leben in
2 jeder Lebensphase. Die Aufgabe des Sozialstaats, dieses
3 zu gewährleisten, beginnt ab der Geburt mit der Kinder-
4 grundsicherung, verstetigt sich im Erwachsenenleben mit
5 dem Bürger*innengeld bei Erwerbslosigkeit und mündet
6 im Alter in die Rente. Die Aufgabe des Sozialstaats bleibt
7 dabei aber nicht darauf beschränkt, Ungleichheiten und
8 finanzielle Unterschiede zu korrigieren. Ein gerechter So-
9 zialstaat garantiert allen Menschen ein Leben in Teilhabe
10 und ohne Existenznot, ein Leben in Freiheit. Er ist gestal-
11 tet, um die Spaltung durch den Kapitalismus aufzubre-
12 chen und ihm etwas entgegenzusetzen.

13 Unser Verständnis eines Sozialstaats ist nicht das des Kor-
14 rektivs, sondern eines der aktiven Rolle eines Staates, Un-
15 gleichheiten frühzeitig vorzubeugen und sie in allen An-
16 sätzen stets mitzudenken. Insbesondere in fehlender Teil-
17 habe durch eine finanziell schlechte Lebenssituation ma-
18 nifestieren sich Ungleichheiten der Gesellschaft und wer-
19 den zu einer Spirale, die sich über Generationen fortsetzt.
20 Werden Kinder in einem von Armut betroffenen Haushalt
21 geboren, braucht es durchschnittlich fünf Generationen,
22 um aus dieser Armut herauszukommen. Wer hingegen in
23 eine reiche Familie geboren wird, kann mit an Sicherheit
24 grenzender Wahrscheinlichkeit sagen, auch in Zukunft
25 zum reichen Teil der Gesellschaft zu gehören und sich fast
26 ausschließlich in dieser soziokulturellen Subgruppe zu be-
27 wegen. Besonders verstärkt wird dieser Faktor für FINTA*-
28 Personen, BIPOC, Menschen mit Behinderung, niedrigeren
29 Bildungsabschlüssen und Menschen aus Ostdeutschland.
30 Unser Sozialstaat muss dies erkennen und besonders be-
31 rücksichtigen. Es braucht ein intersektionales (der Begriff
32 der Intersektionalität ist geprägt von der Juristin Kimberlé
33 Crenshaw und beschreibt das Überschneiden von Diskri-
34 minierungen, bspw. race, class und gender) Verständnis
35 der verschiedenen Instrumente, denn nur so können wir
36 zu unserer Gesellschaft der Freien und Gleichen gelangen,
37 in der jeder Mensch sich frei entfalten kann.

38

39 Aber es gilt auch, diese Instrumente ständig zu überar-
40 beiten, anzupassen und zu verbessern - besonderen Re-
41 formationsbedarf gibt es dabei momentan bei der Rente,
42 denn: Unsere Rente ist in großer Gefahr.

43

44 Wie funktioniert die Rente heute

45 Die gesetzliche Rente ist das Fundament der Altersvorsor-
46 ge der meisten Bürger*innen. Erhalten kann sie, wer das
47 Mindestalter erreicht hat und eine Mindestversicherungs-

48 zeit von fünf Jahren erfüllt. Auf die Mindestversicherungs-
49 zeit wird die Zeit angerechnet, in der Menschen angestellt
50 oder (unter bestimmten Umständen) selbständig waren,
51 aber auch Kindererziehung oder häusliche Pflege zählen
52 als anrechenbar für die Mindestversicherungszeit. Nicht
53 einzahlen tun zum Beispiel Beamt*innen, Richter*innen
54 und Berufssoldat*innen. Um die volle Rente zu erhalten,
55 muss außerdem ein Mindestalter erreicht werden - dies
56 liegt momentan in der Regel bei 67 Jahren. Wer davor auf-
57 hört zu arbeiten, muss mit einer niedrigeren Rente aus-
58 kommen.

59

60 Die gesetzliche Rente ist nach dem Umlageverfahren or-
61 ganisiert. Das heißt konkret: mit dem heute eingezahl-
62 ten wird kein Kapitalstock für die Einzahler*innen ange-
63 legt. Stattdessen finanziert das heute eingezahlte die Ren-
64 te der heutigen Rentner*innen. Für die Rente der heuti-
65 gen Einzahler*innen kommen dann die auf, die zur Zeit
66 ihres Ruhestands in die Rentenkasse einzahlen. Die jetzi-
67 ge Generation Arbeitnehmer*innen finanziert also die Ge-
68 neration vor ihnen. Wer in die Rente einzahlt, erhält da-
69 durch einen Anspruch, selbst im Alter abgesichert zu sein.
70 Die Renteneinzahlung wird zur Hälfte vom Bruttolohn fi-
71 nanziert, die andere Hälfte wird vom Arbeitgeber*in ein-
72 gezahlt. Der Rentensatz liegt momentan bei 18,6 % - Ar-
73 beitnehmer*innen geben also 9,3 % von ihrem Bruttolohn
74 an die Rentenkasse, Arbeitgeber*innen ergänzen dies um
75 weitere 9,3 %. Selbstständige oder Freiberufler*innen kön-
76 nen freiwillige Beiträge an die Rente leisten. Auch heute
77 gibt es bereits Berufsgruppen, die trotz Selbstständigkeit
78 zur Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung ver-
79 pflichtet sind, zum Beispiel Selbstständige, die Lehrtätig-
80 keiten erbringen. Eine Vereinheitlichung ist hier notwen-
81 dig.

82

83 Diese Beiträge in die Rentenkasse reichen aber leider
84 schon lange nicht mehr, um die gesetzliche Altersvorsorge
85 zu tragen. Der Staat finanziert die Rente zu großen Teilen
86 mit. Im Jahr 2021 gab der Bund 106 Milliarden Euro mit in
87 den Rententopf - das entspricht ca. einem Fünftel des Bun-
88 deshaushalts.

89

90 Ein großer Grund für dieses Defizit ist der demographi-
91 sche Wandel: Menschen werden immer älter und bezie-
92 hen die Rente daher für eine längere Zeit. Zusammenge-
93 nommen mit der Tatsache, dass immer weniger Kinder ge-
94 boren werden stehen immer mehr Rentner*innen immer
95 weniger Einzahler*innen gegenüber - so verschiebt sich
96 die Balance.

97

98 Dieses Problem lässt sich nicht lösen, indem man das Ren-
99 teneintrittsalter immer weiter in die Höhe schiebt oder
100 durch Kürzung der Rentenhöhe. Es braucht tatsächliche

101 Veränderungen im Rentensystem, um ein Altern in Wür-
102 de für alle zu gewährleisten.

103

104 Dies gilt insbesondere, da das ganze Erwerbssystem ohne-
105 hin von Ungerechtigkeit nur so strotzt. Diese Ungerechtig-
106 keiten multiplizieren sich im Alter zunehmend und füh-
107 ren zu einer extremen Spaltung der Gesellschaft, die die
108 Arbeit nicht mehr wertschätzt. Das große Problem der
109 Rente ist also nicht der demografische Wandel, sondern -
110 wie so häufig - Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat.
111 FINTAs, von Armut betroffene Menschen, migrantisierte
112 Menschen, nicht-vermögende Menschen und Menschen
113 mit Behinderungen sind im Erwerbsleben viel größeren
114 Hürden ausgesetzt, werden häufig schlecht(er) bezahlt
115 und in den Niedriglohnssektor gedrückt bzw. dort gehal-
116 ten. All dies hat massive Auswirkungen auf ihre Altersvor-
117 sorge und bedeutet im schlimmsten Fall eine Rente, deren
118 Höhe kaum zum Leben reicht.

119

120 Eine Verbesserung gibt es seit 2021: die Grundrente. Die
121 Grundrente ist ein Zuschlag zur eigenen Rente. Anspruch
122 hat man, wenn man selbst viele Jahre in die Rentenkasse
123 eingezahlt hat und trotzdem nur den Anspruch auf eine
124 sehr kleine Rente hat. Die Grundrente stockt die niedrigen
125 Rentenzahlungen auf, ist aber leider noch lange nicht ge-
126 nügend Umverteilung, um von einem würdevollen Leben
127 im Alter zu träumen.

128

129 Zusammengefasst: Die Rente ist ungerecht, weil die Er-
130 werbsarbeit ungerecht ist. Ein gerechtes System ist unser
131 einziger Garant für eine gerechte Rente. Konkrete, kurz-
132 fristige Maßnahmen sind aber dennoch möglich und drin-
133 gend nötig. Leider verliert sich die Politik in der Suche nach
134 Lösungen für die Krise des Rentensystems in den immer-
135 gleichen, erfolglosen Ideen.

136

137 Zu allererst positionieren wir uns daher klar gegen:

- 138 • eine Anhebung des Renteneintrittsalters
- 139 • eine Kürzung des Rentenanspruchs
- 140 • eine Anhebung des Rentenbeitrags auf Arbeitneh-
141 mer*innenseite

142

143 Neben diesen un kreativen und ungerechten Dauerbren-
144 nerideen, gibt es andere kreative, aber weiterhin größten-
145 teils nutzlose Ideen zur Rettung der Rente:

146

147 **Keine Spekulation mit unserer Rente - keine Aktienrente**

148 Das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversiche-
149 rung basiert auf einer Solidarität zwischen der arbeiten-
150 den Generation, die heute einen Teil des von ihr Erwirt-
151 schafteten abgibt, um die Rente der heutigen Rentner*in-
152 nen zu finanzieren. Diese Solidarität besteht nur zwischen
153 bestimmten Berufs- und Einkommensgruppen, muss aber

154 in Zukunft alle umfassen.

155

156 Kapitalgedeckte Rentenmodelle, wie die Aktienrente, ba-
157 sieren nicht auf einer Solidarität, sondern beuten Arbeit-
158 nehmende und ihren erwirtschafteten Profit weiter aus.
159 Rentenbeiträge von heute werden am Kapitalmarkt in-
160 vestiert und im Alter aus Zinsen, Dividenden und Wert-
161 steigerungen ausgezahlt. Das kapitalistische System wird
162 so weiter befeuert. Eine staatliche Beteiligung an sol-
163 chen Modellen lehnen wir strikt ab. Spekulationen durch
164 den Staat auf dem Rücken der Arbeitnehmenden, die so
165 die Wirtschaft immer weiter zu einem unermesslichen
166 Wachstum treiben müssten, um ihre Rente zu steigern, für
167 die ihr Profit wieder und wieder ausgebeutet wird, ent-
168 spricht nicht dem Verständnis eines sozialen Staates als
169 Versuch eines Gegenpols zum Kapitalismus. Generatio-
170 nengerechtigkeit kann nicht über Spekulationen und Un-
171 sicherheiten erreicht werden. Es braucht eine solide und
172 solidarische Finanzierung der Rente!

173

174 **Privatisierung in der Rente - nein, danke!**

175 Eine gesetzliche Rentenversicherung muss den Anspruch
176 haben, alle Bezieher*innen abzusichern. Es kann nicht
177 sein, dass sich der Staat aus der Affäre ziehen will, in-
178 dem er sich darauf verlässt, dass sich die Leute zusätz-
179 lich privat absichern, aus Sorge, dass ihre Ansprüche aus
180 der gesetzlichen Altersvorsorge keine genügende Lebens-
181 grundlage darstellen. Es muss die staatlichen Institutio-
182 nen beschämen, dass Menschen die Notwendigkeit se-
183 hen, sich privat abzusichern, weil die gesetzliche Rente
184 nicht genügend leisten kann, stattdessen wird dies teils
185 durch die staatliche Förderung privater Rentenversiche-
186 rungen belohnt. Fehler wie Riester und Rürup (die Riester-
187 und Rürup-Rente sind private Altersvorsorgemodelle mit
188 staatlicher Förderung. Die jeweiligen Sparer*innen erhal-
189 ten hierdurch vor allem Steuervorteile, entziehen Geld
190 also dem solidarisch angelegten Steuersystem, während
191 auch die eigentlich versprochenen Vorteile dieser Model-
192 le nur in seltenen Fällen tatsächlich bei den Sparer*innen
193 ankommen) dürfen nicht erneut gemacht werden. Es gilt
194 ein neues gesetzliches Rentensystem zu schaffen, dass al-
195 len ein würdevolles Altern erlaubt und das private Renten-
196 versicherungen überflüssig macht.

197

198 Nachdem nun besprochen wurde, was keine Lösungsan-
199 sätze sind, wird es Zeit, sich mit tatsächlichen Lösungside-
200 en zu beschäftigen:

201

202 **First things first:**

- 203 • Um die Rente langfristig lebensfähiger zu machen,
204 muss ein Konzept erarbeitet werden, das die Ren-
205 tenpunkte loslöst vom Schein des Durchschnitts-
206 gehalts, welches durch die wachsende Schere zwi-

207 schen Arm und Reich verzerrt wird. Stattdessen
 208 müssen die Rentenpunkte an die realen Gehälter
 209 der Beitragszahler*innen angepasst werden.
 210 • Das grundsätzliche Prinzip in der Rente und der
 211 staatlichen Finanzierung dieser bleibt die Umvertei-
 212 lung; wir unterstreichen daher unsere Forderungen
 213 nach einer Vermögenssteuer sowie Reformen der
 214 Erbschafts- und Schenkungssteuer, die die Grundla-
 215 ge für echte Sozialpolitik (und so viel mehr) bilden
 216 werden
 217 • Das Mindestlohniveau muss kontinuierlich ange-
 218 passt werden, so dass es nach 35 Beitragsjahren zu
 219 einem Rentenanspruch oberhalb der Grundsiche-
 220 rung führt
 221 • Es braucht eine staatliche Rentenaufklärung, denn
 222 die (eigene) Rente ist häufig viel zu intransparent,
 223 Rentenansprüche unklar, Menschen verwirrt; dem
 224 ist entgegenzuwirken
 225

226 **Eine gesetzliche Rentenversicherung, die von ALLEN für**
 227 **ALLE getragen wird**

228 Solidarität ist das Gebot der Stunde - auch bei der Rente.
 229 Ein System, in das alle einzahlen und von dem alle profi-
 230 tieren. Aber zahlen denn eigentlich alle Bürger*innen in
 231 die Rentenkasse? Nein! Beamte*innen, Richter*innen, Sol-
 232 dat*innen: Berufsgruppen, die nicht zur Rentenkasse bei-
 233 tragen und stattdessen Pension kassieren. Pensionär*in-
 234 nen erhalten im Alter im Durchschnitt 3 Mal so viel Geld
 235 wie Rentner*innen - Tendenz steigend. Während die Rente
 236 als Umlagesystem funktioniert - wer arbeitet, finanziert
 237 mit seinen*ihren Rentenbeiträgen die momentane Rente
 238 von Ruhestandler*innen - wird die Pension aus dem Steu-
 239 ertopf finanziert. Doch es sind nicht nur Beamte*innen, die
 240 nicht in den Topf der gesetzlichen Rente einzahlen. Auch
 241 die freien Berufe, die über ihre Versorgungswerke abgesi-
 242 chert sind, gilt es einzubinden. Berufsständische Versor-
 243 gungswerke sind Sondersysteme, die für die kammerfähi-
 244 gen Freien Berufe der Ärzt*innen, Apotheker*innen, Archi-
 245 tekt*innen, Notar*innen, Rechtsanwälte*innen, Steuerber-
 246 ater*innen, Tierärzte*innen, Zahnärzte*innen, Ingenieur*in-
 247 nen, sowie Psychotherapeuten*innen die Pflichtversorgung
 248 bezüglich der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-
 249 versorgung ihrer Mitglieder sicherstellen. Auffallend bei
 250 all diesen Ausnahmeregelungen von der Rentenzahlung
 251 ist natürlich das traditionell hohe Entgelt dieser Berufs-
 252 gruppen.
 253

254 Diese Ungerechtigkeiten sind durch nichts zu rechtferti-
 255 gen. Die Rente soll als solidarisches Umlagesystem funk-
 256 tionieren, dafür muss sie von allen gleichermaßen ge-
 257 tragen werden - auch von "Staatsdiener*innen" und den
 258 freien Berufen. Auch Selbstständige sollen sich in ei-
 259 nem gesamtgesellschaftlichen Solidarsystem beteiligen.

260 Einerseits gibt es häufig genug Selbstständige, die auf-
261 grund fehlender Altersvorsorge auf staatliche Unterstüt-
262 zung angewiesen sind. Andererseits können bisher nicht-
263 pflichtversicherte Selbstständige einen wichtigen Beitrag
264 zu einer solidarischen Rente beitragen und sind so nicht
265 auf private Altersvorsorgesysteme angewiesen.

266

267

268 **Erbschaften - die Rente für Reiche**

269 Private Altersvorsorge hat viele Gesichter. Ist es für die Ei-
270 nen, den Großteil der Gesellschaft, mehr die Alterssorge,
271 kann sich ein anderer Teil weiter aus dem Fenster der Be-
272 quemlichkeit lehnen, denn durch Schenkungen und Erb-
273 schaften, vor allem auch von Betriebseigentum und Im-
274 mobilien, ist man gut abgesichert.

275

276 Erbschaften dienen keineswegs der Umverteilung auf
277 mehrere Schultern, auf eine breitere Masse der zukünf-
278 tigen Generation, auch wenn dies gerne behauptet wird.
279 Vor allem große Erbschaften finden stattdessen in den
280 immer gleichen westdeutschen, gut gebildeten, weißen
281 Familien statt, vor allem unter Männern - und sie erfah-
282 ren eine immer stärkere Wertsteigerung. Ein Vermögens-
283 zuwachs findet aber nur bei dem reichsten 1 Prozent der
284 Bevölkerung statt. Mit einer effektiven Erbschaftssteuer
285 muss diese übermäßige Akkumulation von Vermögen
286 bei Einzelnen verhindert werden. Auch Betriebsvermögen
287 müssen konsequenter und stärker besteuert werden. Ne-
288 ben der wichtigen Diskussion über ein Maß an Zumutung
289 der Existenzgrenze braucht es vor allem auch eine Ober-
290 grenze für Reichtum und eine Beschränkung der maxima-
291 len Erbschaften.

292

293 **The limit does exist - für eine Maximalrente**

294 Die Rente basiert auf dem Äquivalenzprinzip, heißt: Hö-
295 he und Dauer des durch Beitragszahlungen belegten Ar-
296 beitseinkommens sind entscheidend dafür, wie viel Rente
297 man schlussendlich erhält. Prozentual zahlen alle gleich
298 viel: 18,6 %. Die Hälfte davon wird von Arbeitgeber*innen,
299 die andere Hälfte von Arbeitnehmer*innen gezahlt. Wer
300 also ein besonders hohes Gehalt hat, zahlt also auch be-
301 sonders viel in den Rententopf ein, richtig? Falsch!

302

303 Wer momentan mehr als 7.300 € brutto in West- bzw.
304 7.100 € in Ostdeutschland ist von der sogenannten Bei-
305 tragsbemessungsgrenze betroffen. Alles, was darüber an
306 Entgelt erhalten wird, ist nicht rentenversicherungspflich-
307 tig. Dem Rententopf geht somit einiges an Geld verlo-
308 ren. Was es daher braucht, ist eine Abschaffung eben die-
309 ser Beitragsbemessungsgrenze. Die Abschaffung der Bei-
310 tragsbemessungsgrenze ist notwendig für die gerechte
311 Verteilung der steigenden Kosten für Alterssicherheit.

312

313 Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Renten-
314 auszahlungen ins Unermessliche steigen. Auf alles, was
315 über dem Wert der momentan bestehenden Beitragsbe-
316 messungsgrenzen künftig eingezahlt wird, besteht dann
317 kein Rentenpunkteanspruch. Das bedeutet also: alles, was
318 man darüber einzahlt, stockt die Rentenauszahlung nicht
319 weiter auf. Dies entspricht einer Annäherung an das Soli-
320 darprinzip, wie es auch die gesetzlichen Krankenversiche-
321 rungen praktizieren.

322

323 **Care-Arbeit ist Arbeit - für eine feministische Rente**

324 Die Rente wird ausbezahlt, basierend auf dem, was man
325 im Erwerbsleben in die Rentenkasse eingezahlt hat. Was
326 passiert allerdings dann, wenn die Erwerbsarbeit unter-
327 brochen, verringert oder beendet wird, um sich stattdes-
328 sen zum Beispiel Kindererziehung oder häuslicher Pflege
329 zu widmen?

330

331 Im Falle der Kindererziehung ist die momentane Regel,
332 dass bis zu drei Jahre Care Arbeit auf die Rente anre-
333 chenbar sind. Konkret heißt das: Für drei Jahre der Kin-
334 dererziehung wird einem Elternteil der durchschnittliche
335 monatliche Einzahlungsbetrag für die Rente gutgeschrie-
336 ben. Die Kindererziehungszeit wird auch gutgeschrieben,
337 wenn das beantragende Elternteil neben der Erziehung
338 weiterarbeitet.

339

340 Soweit so gut. Problem ist leider nur, dass sich die un-
341 gleiche Verteilung der Kindererziehung selten nach dem
342 dritten Lebensjahr des Kindes ändert. Das zwingt Eltern -
343 hauptsächlich dabei FINTAs - oft zur Teilzeit- oder Minijob-
344 Beschäftigung, welche sich massiv negativ auf die Rente
345 auswirken.

346

347 Diese Care-Arbeit muss auch über das dritte Lebens-
348 jahr des/der Kinder hinweg wertgeschätzt werden. Diese
349 Wertschätzung in Form von Rentengutschrift muss min-
350 destens bis zum Eintritt des Kindes in die Grundschule
351 sichergestellt werden. Für eine gerechte Arbeitswelt und
352 Gesellschaft bedarf es dazu dem massiven Ausbau von
353 kostenlosen Kindergartenplätzen und kostenloser Ganz-
354 tagsbetreuung an allen Schulen und den damit einherge-
355 henden Ausbildungs- und Finanzierungsmaßnahmen.

356

357 Gleiches gilt für Care-Arbeit in Form von häuslicher Pflege.
358 Jede Form der häuslichen Pflege muss auf die Rente an-
359 gerechnet werden. Es wird wichtige Arbeit verrichtet, auf
360 diese muss ein Rentenanspruch gelten.